

## Vision für Europa Nach Ansicht von Frankreichs Wirtschaftsminister Emmanuel Macron hat die EU ihre Richtung verloren. Im Interview macht er sich stark für eine grundlegende Erneuerung der Union. Insbesondere seine Ideen für eine europäische Wirtschaftsregierung, die auch über Finanztransfers zwischen Nationalstaaten entscheiden soll, werden deutsche Politiker provozieren

INTERVIEW: LEO KLIMM  
UND CHRISTIAN WERNICKE

Der Minister bittet zum Gespräch in die lederne Sitzdecke. Das Büro in der dritten Etage des Beton-Kolosse von Bercy ist kühl: strenge Moderne, klare Linien, schwarz und weiß, Glas und Stahl. Emmanuel Macron gibt sich jovial, ist so umgänglich wie gastfreundlich. „Einen Kaffee?“ Der 37-jährige Jungstar des französischen Kabinetts hat die Krawatte abgelegt, das Oberhemd ist aufgeknöpft. Als könne er so freier reden.

**SZ: Herr Minister, Sie sind jung und Sie sind begeisterter Europäer. Damit verkörpern Sie eine seltene Mischung – Europa gilt sonst nur noch als Thema für ältere Herren.**

Emmanuel Macron: Was für ein Irrtum! Meine Generation muss Europa von Grund auf erneuern. Sehen Sie, es gab die Generation der Gründerväter, dann folgte die Ära der Macher. Darunter fanden sich Männer mit großem Weitblick – die Kanzler Schmidt und Kohl zum Beispiel, auch Präsident Mitterrand. Oder Jacques Delors. Aber seit 2005 haben wir ein verlorenes Jahrzehnt durchlebt.

**„Wenn wir eine Wirtschafts- und Währungsunion wollen, müssen wir über unseren Schatten springen.“**

**Sie meinen die Stagnation, seit die Franzosen per Referendum die EU-Verfassung ablehnten.**

Das liegt daran, dass Europa seine Richtung verloren hat, seinen Sinn. Die Menschen nehmen nur noch eine riesige Bürokratie wahr, ohne Vision und politisches Ziel. Alles scheint automatisch zu passieren: Die Erweiterung hat die EU zwar größer denn je gemacht, aber Europa wirkt hohl. Selbst der Euro scheint vielen nur noch Selbstweiz zu sein. Und dann hat die Finanzkrise obendrein alle Probleme verschärft.

**Das ist keine Basis, auf die man bauen kann.**

Voilà, hier liegt die Herausforderung für meine Generation! Wir stehen vor der Frage: Wollen wir die Neugründer Europas sein – oder seine Totengräber? So wie bisher darf es nicht weitergehen. Es genügt nicht mehr, nur in kleinen Schritten voranzukommen – wir müssen das Wesen Europas verändern.

**Ist das Ihre Alternative: Wiedergeburt oder Tod?**

Absolut. Und warum? Weil erstens die Menschen nicht mehr mitgehen, wenn wir ihnen nicht sagen, wohin wir wollen. Und weil zweitens Europa sonst zerfällt. Die Fliehkräfte sind zu groß, politisch wie ökonomisch.

**Was ist Ihr Ziel? Neugründung?**

Wir Europäer müssen unseren Platz in der globalisierten Welt finden. Allein können wir das nicht, weder die Franzosen noch die Deutschen. Das geht nur gemeinsam. Trotz aller Differenzen – wir haben ein einzigartiges Gesellschaftsmodell: individuelle Freiheit, gepaart mit sozialer Gerechtigkeit. Das ist grundlegend anders als die ultraliberale Ordnung in Amerika oder der Staatskapitalismus in China. Wir Europäer müssen uns fragen: Was wollen wir gemeinsam bauen? Meine Vision lautet: mehr Europa, mehr Willen zu Integration. Und mehr Mittel, dass die Menschen ein Gefühl der Gemeinsamkeit spüren. Dazu dient etwa der Vorschlag, den ich mit SPD-Chef Sigmar Gabriel gemacht habe: Jeder junge Europäer in Ausbildung – nicht nur Studenten – sollte die Chance haben, mit dem Erasmus-Programm sechs Monate lang das Leben in einem anderen Land Europas zu erfahren.



Erfolgreicher Störer: Emmanuel Macron liebt es, alte Gewissheiten infrage zu stellen. Damit gewinnt er Sympathien.

FOTO: CHRISTOPHE MORIN, BLOOMBERG

## „Wollen wir die Totengräber sein?“

Emmanuel Macron lässt keinen Zweifel an seinem größten politischen Ziel. Er will sehr viel Geld zwischen europäischen Ländern umverteilen. Ansonsten könne eine Währungsunion nicht funktionieren

**Das würde die EU-28 ein wenig menschlicher machen. Aber Ihr Drang als Neugründer Europas zielt mehr auf die Euro-Zone.** Wenn wir eine wirkliche Wirtschafts- und Währungsunion wollen, müssen wir über unseren Schatten springen. Für uns Franzosen heißt das, dass wir Reformen anpacken, die mit alten Gewohnheiten brechen. Und auch von Deutschland verlangt das Tabubrücke: Falls die Mitgliedstaaten wie bisher zu keiner Form von Finanztransfer in der Währungsunion bereit sind, können wir den Euro und die Euro-Zone vergessen.

**Das wäre für die Deutschen eine neue Geschäftsgrundlage: Bisher hat man ihnen gesagt, die EU sei keine Transfereinheit.** Aber die Erfahrung lehrt: Die Währungs-

union selbst erfordert diese Veränderung, der Status quo führt in die Selbstzerstörung. Wir haben es doch erlebt: Vor der Krise hat der niedrige Euro-Zins viele Regierungen verführt, zu hohe Kredite aufzunehmen – der Zins wirkte wie Morphium für alle. Diese Ausschweifungen müssen korrigiert werden, aber mit der Haushaltskonsolidierung als einzigem Ziel über die Einhaltung von Haushaltsregeln wird es uns nicht gelingen, Europa zu errichten. Dies wäre ein doppelter Fehler: In politischer Hinsicht, da wir auf diese Weise Europa keinen neuen Sinn geben können, und in wirtschaftlicher Hinsicht, denn ohne zusätzliche Mittel für Investitionen kommen strukturschwächere Euro-Länder nie auf die Beine. Eine Währungsunion ohne Fi-

nanzausgleich – das gibt es nicht! Die Starren müssen helfen.

**Ist das der Grund, weshalb Sie beim Rettungspaket für Griechenland vor einem neuen Versailler Vertrag warnten – vor einem Abkommen also, das wie anno 1919 ein Volk überfordern und völlig verbittern würde?**

Die hohen Reparationen, die wir Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg aufbürdeten, halfen den Nazis zur Macht. Heute ist es an Deutschland, nicht in einer buchhalterischen Haltung gegenüber Europa und seinen Euro-Partnern zu erstarren. Sonst riskieren wir, dass wir all jene Menschen, die heute unter der Krise leiden, auf Jahre zu Opfern machen. Das schürt Revanchis-

mus. Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir nur, dass die Euro-Zone ein Raum mit festen Wechselkursen ist? Das bedeutet Rückschritt, und dann hätte Europa auch kein Recht, sich auf Dauer in die Haushaltspolitik der Staaten einzumischen. Die Alternative hingegen – eine vollendete Wirtschafts- und Währungsunion – verlangt die Überwindung wirtschaftspolitischer Dogmen. Ja, wir brauchen eine Politik, die Verantwortlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Staaten stärkt. Dafür stehe ich auch in meinem eigenen Land ein. Aber zugleich braucht Europa Solidarität. Ohne diese Balance kommen wir nicht voran.

**Wie wollen Sie diese Balance schaffen?**

Seit Jahren tüfteln wir an Regeln, die den Krisenstaaten helfen sollen. Aber sie hel-

fen nicht – nicht genug! Die Euro-Zone braucht neue Institutionen, denen die nationalen Regierungen mehr Souveränität übertragen: eine starke europäische Wirtschaftsregierung mit einem eigenen Budget. Diese Regierung wäre allein dem Interesse des gesamten Währungsraums verpflichtet. Sie könnte zum Beispiel notwendige finanzielle Transfers sicherstellen, wenn ein Land eine Krise durchlebt, oder Reformen vorantreiben, die wünschenswert sind, um Abweichungen zwischen unseren Volkswirtschaften zu vermeiden. Die Euro-Regierung würde geführt von einem Kommissar mit weitreichenden Befugnissen. Das wäre nicht nur ein Euro-Finanzminister, sondern jemand, der auch Investitionsmittel vergibt oder in der Arbeitsmarktpolitik mitredet.

**„Wir brauchen eine starke europäische Wirtschaftsregierung mit einem eigenen Budget.“**

**Wie viel Geld bekäme denn dieser Kommissar?**

Je höher das Budget, desto glaubwürdiger wäre Europa. Zunächst können wir auf bestehende Instrumente bauen, auf den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM zum Beispiel. Später sollten wir die Euro-Zone ermächtigen, am Markt Geld aufzunehmen. Ich meine damit nicht Euro-Bonds, also die Vergemeinschaftung von Altschulden. Kurzfristig werden wir keine neue Euro-Steuer haben können. Eher sollten die Euro-Mitglieder einen Teil ihrer Einnahmen an das Budget abführen. Die Höhe des Budgets müssen wir diskutieren. Sie muss allerdings über dem derzeitigen europäischen Budget liegen.

**Europa wird also deutlich teurer?**

Stimmt. Aber das heutige EU-Budget reicht eben nicht, um Finanzschocks abzufedern, denen ein Euro-Land ausgesetzt sein kann. Nur starke Instrumente helfen. Dieses Projekt erfordert Ehrgeiz.

**Und wer kontrolliert die neue Euro-Macht?**

Das würde ein Euro-Parlament leisten – eine neue Kammer, die aus den Abgeordneten des Europäischen Parlaments besteht, deren Länder der Euro-Zone angehören. **Ihre neue Euro-Zone erzwingt einen neuen EU-Vertrag. Sind Sie sicher, dass Ihre Landsleute diesmal zustimmen würden?** Natürlich werden wir die Verträge ändern müssen. Aber dieser juristische Schritt ist nur Mittel zum Zweck. Wir wollen Europa Neugründung. Fällt die Reform zu klein aus, dann werden die Menschen sie tatsächlich ablehnen. Sie wollen nicht mehr das Europa der Bürokraten, all das Kleinklein. Wir brauchen einen großen Wurf. Und eine offene Debatte, nicht wie bisher Europa nur von oben herab.

**Sie glauben, Sie können den Kampf um Europa gegen Rechtspopulisten wie Marine Le Pen gewinnen?**

Selbstverständlich! Es ist ein Drama, wie hoch die Arbeitslosigkeit in manchen Ländern in der Euro-Krise geschnellt ist. Auch in Frankreich ist die Jugendarbeitslosigkeit sehr hoch. Aber das spricht nicht im Geringssten gegen mehr Europa. Die Menschen hängen an der Idee Europas. Wir Politiker werden diesem Traum nicht gerecht.

**Also – jetzt oder nie?**

Ja, wir müssen jetzt sagen, was das Ziel Europas ist. Und wir müssen schon jetzt alle Änderungen des EU-Vertrags vorbereiten. Die können wir dann von Herbst 2017 umsetzen, wenn die nationalen Wahlen in Frankreich und in Deutschland hinter uns liegen. Schon 2018 oder 2019 sollte Europa auf einem neuen, besseren Fundament stehen.

## Rebell im Maßanzug

Emmanuel Macron fordert von Deutschland einen Tabubruch. Auch im eigenen Land bemüht er sich, alte Gewissheiten zu zerstören: Am Wochenende verursachte Frankreichs Wirtschaftsminister Ärger bei der Sommeruniversität der Sozialisten, weil er Arbeitszeitverkürzung als überholten Irrglauben der Linken kritisiert hatte. Dass er seine auf die 35-Stunden-Woche gemünzte Bemerkung auch noch vor Arbeitgebern gemacht hatte, während er beim Treffen der Sozialisten fehlte, verschärfte die Provokation nur. Der frühere Investmentbanker Macron ist, wie er gern betont,

nicht einmal Mitglied der Regierungspartei. „Ich nehme für mich in Anspruch, links zu stehen, weil ich gesellschaftlichen Fortschritt will“, so Macron. „Die roten Linien von gestern interessieren mich nicht.“ Mit dieser Haltung stört der 37-jährige Polit-Shootingstar nicht nur das eigene Lager. Er bringt auch die konservative Opposition in die Defensive. Denn Macron – durch seine Ehe mit seiner 20 Jahre älteren Ex-Französischlehrerin auch privat ein Konventionenbrecher – kommt an im Volk.

Aus einem Arzthaushalt stammend, studierte er erst Philosophie, unter besonderer

Berücksichtigung Machiavellis. Nach einer Ausbildung an der Kadenschmiede ENA war er Spitzenbeamter, später organisierte er beim Geldhaus Rothschild Milliardenfusionen. Nach der Präsidentenwahl 2012 dann holte ihn François Hollande als Berater in den Elysée. Vor einem Jahr – Macron hatte gerade seinen Rückzug erklärt – wurde er Minister.

Seine Mission sieht er in der Öffnung der lahmlenden Wirtschaft Frankreichs für die Globalisierung. Dazu soll das „Macron-Gesetz“ dienen, ein Sammelsurium punktueller Liberalisierungen. Ein zweites Gesetz, speziell zur

Internetwirtschaft, folgt: Macron lobt den umstrittenen Taxidienst Uber und sieht eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts als Akt der Gerechtigkeit. Manchmal entgleist er auch. Etwa, wenn er Mitarbeiter eines pleitegegangenen Schlachthofs als „Analphabeten“ bemitleidet.

Eine zweite Mission ist nach außen gerichtet: Es ist der Versuch, Deutschland zu mehr Finanz-Solidarität in Europa zu bewegen. Schon als Präsidentenberater arbeitete er an diesem Ziel, hinter den Kulissen. Jetzt tut er es öffentlich. LKL

## AUSSENANSICHT

### Der verzernte Mietspiegel

Die Kommunen sollten Statistiken nicht missbrauchen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen. Von Steffen Sebastian

ständigenrat und alle führenden Forschungsinstitute, dazu die Autoren unzähliger wissenschaftlicher Aufsätze haben sich gegen Mietpreiskontrollen ausgesprochen. Die Politik in Deutschland zeigt sich von dem allen unbeeindruckt. Deshalb sollte jetzt auch dem letzten Wissenschaftler klar geworden sein, dass die Mietpreisbremse Gesetz ist und sich daran so schnell auch nichts ändern wird.

Nunmehr darf eine Mieta nur noch maximal um zehn Prozent höher sein als die Vergleichsmiete der örtlichen Mietspiegel. Das Problem dabei: Die Mietspiegel sind leider ziemlich schlecht. Deswegen verspricht die Regierung im Koalitionsvertrag, dass „Mietspiegel (...) auf eine breitere Basis gestellt und realitätsnäher dargestellt“ werden sollen.

Beim Deutschen Mieterbund ist aber wohl nur der erste Teil dieser Aussage angekommen. Sein Direktor fordert öffentlich, dass der Mietspiegel als Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre berechnet werden soll. Dadurch werden die Mieten natürlich niedriger ausgewiesen, als sie es tat-

sächlich sind. Mit anderen Worten: Die amtliche Statistik des Mietspiegels möge bitte so verzerrt werden, wie es dem Mieterbund gefällt. So soll aus der Reform des Mietspiegelgesetzes keine realitätsnähere Statistik, sondern eine Art Mietpreisbremse 2.0 werden. Die Vermieterverbände ziehen sich natürlich nicht zurück.

**Kaum ein Ökonom wird die Mietpreisbremse befürworten. Aber sie schafft Transparenz**

Der Mietspiegel, der ursprünglich ein echter Spiegel des Wohnungsmarktes war, ist längst zum Spielball unterschiedlichster Interessen geworden. Was in Kommunen als sogenannter qualifizierter Mietspiegel ausgewiesen wird, hat nur wenig mit der Wahrheit auf dem Wohnungsmarkt zu tun. Bei aller berechtigten Kritik ist daher die Mietpreisbremse eine Wohltat an Ehrlichkeit und Transparenz. End-

lich sagt die Politik klar, was sie will: nicht mehr als zehn Prozent Mietsteigerung. Das derzeit gültige Mietpreisbremsegesetz ist aber so ungenau, dass sehr viel Konkretisierungsspielraum entsteht, der je nach Gemeinde in der Regel auch weidlich genutzt wird.

Damit Mietspiegel endlich wieder ein echtes Abbild des Wohnungsmarktes werden, ist mehr erforderlich als guter Wille. Zuerst muss die Datengrundlage verbessert werden. Es erscheint geradezu grotesk, dass es zwar möglich ist, die durchschnittliche Breite aller Autos in einer Gemeinde exakt zu bestimmen. Die viel wichtigeren Daten für den Mietspiegel werden hingegen in mühevoller Kleinarbeit telefonisch oder schriftlich bei Mietern und Vermietern erfragt – sofern diese überhaupt Lust haben zu antworten.

So kostet der Mietspiegel einer Großstadt nicht selten einen mittleren sechsstelligen Betrag und muss dennoch mit ein paar Hundert Mietdaten auskommen. Dass Mietspiegel mit einer derart schlechten Datenbasis gerichtlich angreifbar sind,

liegt auf der Hand. Schlimmer ist jedoch, dass die Information darüber fehlt, was wirklich auf dem Immobilienmarkt passiert. So versucht die Wohnungspolitik Entwicklungen entgegenzuwirken, über die sie genau genommen gar nichts weiß. Ebenso muss die Wohnungswirtschaft Entscheidungen über Investitionen in Milliardenhöhe treffen, ohne die Mieten wirklich zu kennen.

Mit einem Bruchteil der Kosten für die heutigen Mietspiegel könnten in jedem Bundesland internetbasierte Mietdatenbanken angelegt werden, in denen alle Neuvermietungen vollständig und detailliert erfasst werden könnten. Voraussetzung hierzu wäre nur, dass die Vermieter verpflichtet würden, jeden Mietvertrag mittels eines Internetformulars zu registrieren. Über eine hierfür erhobene Gebühr könnte die Erstellung eines Mietspiegels für Länder und Gemeinden sogar kostenneutral sein.

Fast genauso wichtig wie eine korrekte Datengrundlage ist die korrekte Berechnung. Leider bestimmen nicht nur die Kommunalpolitiker eine Reihe wichtiger Parameter, ein Mietspiegel darf auch noch grundsätzlich von jedermann berechnet werden. Manchmal auch von jemandem, der nur wenig Ahnung von Statistik hat. Strenge Zulassungskontrollen für Mietspiegel-Statistiker sind daher dringend erforderlich. Wichtig wäre es auch, dass der Mietspiegel wirklich transparent be-

rechnet würde. Eigentlich müssen qualifizierte Mietspiegel wissenschaftlichen Grundsätzen entsprechen. Jeder Wissenschaftler wäre aber bis auf die Knochen blamiert, wenn er nur Ergebnisse präsentieren würde, seine Berechnungsmethode hingegen als „Geschäftsgeheimnis“ versteckt. Kontrolle wäre in diesem Falle unmöglich.

Kaum ein Ökonom wird die Mietpreisbremse befürworten. Dennoch wäre es wünschenswert, wenn die hierdurch begonnene Ehrlichkeit und Transparenz konsequent weiterverfolgt würde. Mietspiegel-Statistik und Politik sollten sauber getrennt werden. Sofern die politischen Entscheidungsträger eine Mietpreisbremse 2.0 beabsichtigen, müssen sie dies ehrlich sagen und in transparenter Form als Gesetz erlassen. Eine Verzerrung der Mietspiegel-Statistik als politische Maßnahme jedoch verbietet sich für einen modernen demokratischen Staat.



Steffen Sebastian, 47, ist Professor am IREBS-Institut für Immobilienwirtschaft der Universität Regensburg. Foto: OH